

Das vergessene „Sonderbauwerk“ der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen

Freitag, 20. November 2009

Wie die kardanisch gefederte Finanzversorgung im Ernstfall funktionieren sollte

Es ist genau vierzig Jahre her, seit sich in einem beschaulichen Ärtchen der Nordeifel dreiÄig Personen zu einem Experiment der besonderen Art zusammenfanden. Der Grund dieses Treffens war die Fertigstellung einer unterirdischen Bunkeranlage, die von den Bauherren und Auftraggebern während ihrer Bauzeit mit einer Vielzahl von verschleiernden Tarnbezeichnungen belegt wurde, um öffentliche Aufmerksamkeit zu verhindern. Die Teilnehmer des Experiments begaben sich fÄr vierthalb Tage unter die Erde und nahmen an einer Funktionsprfung teil, die den Namen "Bunkerbelegungsversuch im Sonderbauwerk Steinfurt" erhalten hatte. Nur gibt es in der Eifel keine Stadt, kein Dorf und keine Gemarkung dieses Namens.

In Wirklichkeit befindet sich das so genannte Sonderbauwerk an den Ästlichen Ausläufern der Nordeifel im beschaulichen Eifeldorf Satzvey. Es wurde als 2-geschossige Tiefbunkeranlage mit über 100 Schutzplätzen, mit mehr als 70 Wohn-, Arbeits- und Technikräumen sowie einem Tresorraum im Zuge eines Schulneubaus in bis zu 9 Metern Tiefe unter dem Schulhof eingegraben.

Was hier im Winter 1969 fertig gestellt wurde und in einem Belegungsversuch einer Generalprobe unterzogen wurde, diente bis zu seiner AÄerdienststellung, Mitte der 90er Jahre, als verbunkter Ausweichsitz fÄr Krisen- und KriegsfÄlle des FÄhrungsstabes der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalens mit Friedenssitz in DÄsseldorf.

Anhand alter Fernmeldebeziehungen des verbunkerten Ausweichsitzes der Landesregierung Nordrhein-Westfalens im benachbarten Urft, konnte diese Bunkeranlage ausfindig gemacht werden und fÄr kurze Zeit aus Ihrem Dornröschenschlaf erweckt werden, bevor die Anlage wieder versiegelt wurde. Wichtige Baupläne und Aktenbestände wurden dabei ausgewertet und konnten vor einem fortschreitenden Schimmelbefall bewahrt werden und den öffentlichen Archiven übergeben werden.

Notstandsplanungen in der Nordeifel und die Notwendigkeit einer Ersatzwährung

Bereits Ende der 50er Jahre, den zweiten Weltkrieg kaum verwunden und bereits die Gefahren eines neuen Krieges stets vor Augen, gab das Bundesinnenministerium Richtlinien fÄr die Auswahl von behÄrdlichen Ausweichquartieren heraus. Als Hauptgesichtspunkte fÄr die Ortswahl wurden unter anderem gute Nachrichten- und Verkehrsverbindungen, eine Lage abseits von kriegswichtigen Objekten sowie gute Tarnungs- und ausreichende

Unterkunftsmöglichkeiten genannt. Einige dieser Kriterien dürften sicherlich ausschlaggebend bei der Standortwahl des Ausweichsitzes der Landeszentralbank unter einem Schulgebäude im nordeifeler Ort Satzvey gewesen sein.

Dass die Nordeifel anscheinend den Kriterien des Bundesinnenministeriums für Ausweichsitze seinerzeit bestens entsprach, zeigt die auffällige Häufung von verbunkerten Befehlsstellen der verschiedensten Regierungsorgane. So befanden sich die verbunkerten Ausweichsitze der Landesregierung Nordrhein-Westfalens (Urft), der Bezirksregierung Kall (Simmerath) sowie der Ausweichsitz der Bundesregierung (Ahrweiler) und die dazugehörige abgesetzte Sendestelle (Kirspenich) teilweise in nur wenigen Kilometern Entfernung zum Landeszentralbank-Schutzbau in Satzvey.

Die Notwendigkeit der Errichtung eines verbunkerten Ausweichsitzes darf bei der Landeszentralbank hauptsächlich in ihrer Funktion als Sicherstellungsbehörde zu finden sein. In den Wirtschaftssicherstellungsgesetzen, die sich bereits Ende der 50er Jahre in der Wehrverfassung manifestierten und später in die Notstandsgesetze übergingen, wurde die Sicherstellung der Versorgung mit Leistungen auf dem Gebiet des Geld- und Kapitalverkehrs gesetzlich verankert. So waren die Sicherstellungsbehörden bereits in Friedenszeiten verpflichtet, "alle innerbehördlichen Vorbereitungen personeller, materieller und organisatorischer Art zu treffen, um die Anwendung der Gesetze im Bedarfsfall zu gewährleisten."

Als ausführliche Einrichtungen für die Sicherstellung des Geld- und Kapitalverkehrs waren hierfür die Bundesbank, die Landeszentralbanken sowie ihre Außenstellen vorgesehen. So wundert es nicht, dass die Deutsche Bundesbank bereits 1962 damit begann, ihren Ausweichsitz als Stollenanlage in die Moselhänge oberhalb von Cochem zu treiben und die Landeszentralbank Rheinland-Pfalz bereits 1963 die Fertigstellung ihres verbunkerten Ausweichsitzes im Hunsrück vermeldete. Auch einige der Zweigstellen der Landeszentralbanken erhielten in ihren Kellern Hausschutzräume. Dies geschah beispielsweise in Nordrhein-Westfalen in den Zweigstellen in Euskirchen, Arnsberg und Bocholt.

Die Bundes- und Landeszentralbanken hielten zur Erfüllung ihrer Sicherstellungsfunktion bei einer schweren Störung des Geldkreislaufes eine Ersatzserie mit völlig neu gestalteten Reservebanknoten vor. Schwere Störungen des Geldkreislaufes konnten neben einer nicht zu stoppenden größeren Inflation oder dem Umlauf einer größeren Menge an Falschgeld auch kriegerische Auseinandersetzungen auf dem Territorium der Bundesrepublik sein, die einen Austausch der bestehenden Währung notwendig machen um einen völligen Zusammenbruch der Wirtschaft und damit auch der Verteidigungskraft zu vermeiden.

Über das ehemalige Notgeld in Deutschland ist bis heute nur relativ wenig bekannt. Gesicherte Erkenntnisse liegen heute darüber vor, dass es für die größeren und kleineren Nominalen getrennte Serien gab. Unter der Bezeichnung „BBk II“ beziehungsweise „Bittrof-Serie“, hielt die Deutsche Bundesbank eine Ersatzserie mit den Nennwerten 10, 20, 50 und 100 D-Mark für Notfälle bereit. Es ist davon auszugehen, dass der Großteil der BBk II-Serie in der verbunkerten Stollenanlage der Bundesbank in Cochem lagerte. Zusätzlich zu der BBk II-Serie gab es noch eine Notenreihe für kleinere Nennwerte von 5, 10 und 50 Pfennig sowie 1 und 2 DM. Diese Serie ist unter der Bezeichnung „Bundeskassenscheine“ bekannt geworden. In Fachkreisen wird angenommen, dass die Bundeskassenscheine ebenso wie die BBk II-Serie bei kriegsbedingten Versorgungsgängen und einem zusätzlichen Mangel an Münzmetall zur Ausgabe gekommen wären.

Nach heutigen Erkenntnissen kann davon ausgegangen werden, dass die Bundeskassenscheine zu groÃŸen Teilen durch die Landeszentralbanken in den Umlauf gebracht worden wÃ¤ren und dementsprechend in den Bunkern und Tresoren der Landeszentralbankzweigstellen eingelagert waren. Dies deckt sich auch mit Aussagen verschiedener Zeitzeugen, die von seinerzeit grÃ¶ÃŸeren BestÃ¤nden einer ErsatzwÃ¤hrung in den Tresoren der Landeszentralbanken sprechen. Neben einer FortfÃ¼hrung der geschÃ¤ftlichen TÃ¤tigkeiten und der organisatorischen Lenkung der GeldstrÃ¶me war eine Einlagerung von Bundeskassenscheinen in der Tresoranlage des Ausweichsitzes der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalens in Satzvey daher vermutlich Bestandteil der Vorsorgeplanungen fÃ¼r einen Ernstfall.

Baugeschichte und Baugeschichten

Im November 1966 erhielt die Firma Hochtief von der Gemeinde Satzvey-Firmenich die Auftragerteilung fÃ¼r das â€žBauvorhaben Mittelpunktschule Satzvey, Los II, Schutzbauâ€œ. Die Errichtung des SchulgebÃ¤udes und der Bunkeranlage wurde in zwei voneinander getrennten Baulosen ausgeschrieben. Dass es sich bei Baulos IIÂ um ein nicht ganz alltÃ¤gliche Bauprojekt handeln wÃ¼rde, dÃ¼rfte den an der Ausschreibung beteiligten Unternehmen bereits beim Lesen der â€žBesonderen Vertragsbedingungenâ€œ klar geworden sein. So hatten alle am Sonderbauwerk beteiligte Baufirmen ausschlieÃŸlich FÃ¼hrungspersonal einzusetzen, welches zum Umgang mit Verschlusssachen ermÃ¤chtigt war. FÃ¼r die Auftragnehmer und sÃ¤mtliche Mitarbeiter galt auf der Baustelle ein striktes Fotografierverbot.

Im Leistungsverzeichnis zur Beschreibung des Bauvorhabens â€žMittelpunktschule Satzvey, Los IIâ€œ, wird das Bauwerk folgendermaÃŸen beschrieben: â€žBei der im Bau befindlichen Mittelpunktschule Satzvey ist in befristeter Bauzeit ein Schutzausbauwerk als bewehrter Kubus aus Massebeton zu errichten. Der HauptbaukÃ¶rper schlieÃŸt einen Raum von rd. 32 x 30 x 8m ein. Die Umfassungen des Bauwerks werden 0,80 bis 1,00m dick ausgebildet. Das Bauwerk erhÃ¤lt eine starke und dicht liegende Bewehrung. Die betriebliche Nutzung bedarf zahlreicher Versorgungs-, Klima- und LÃ¼ftungseinrichtungen.â€œ

Laut Aussagen am Bau und an Ãœbungen beteiligter Zeitzeugen war das gesamte Bunkerbauwerk zum Schutz vor Detonationsdruckwellen und Erdverschiebungen zusÃ¤tzlich kardanisch schwimmend gelagert, sodass ein gewisser Versatz des Bauwerkes ohne grÃ¶ÃŸere BeschÃ¤digungen ausgeglichen werden konnte. Doch nicht nur an den BaukÃ¶rper selbst, auch an seine Inneneinrichtung hatte man gedacht und dort zusÃ¤tzlich einen Schutz gegen die Belastungen kriegerischer Einwirkungen erstellt. In Vertragspunkt â€ž1.7. Besondere Vorbemerkungenâ€œ findet sich fÃ¼r die Innenausstattung folgende AusfÃ¼hrungsanforderung: SÃ¤mtliche Befestigungen an Decken, BÃ¶den und WÃ¤nden des Bauwerkes fÃ¼r die AufhÃ¤ngung der Rohrleitungen, LuftkanÃ¤le sowie Aufstellung der Maschinen und Aggregate sind, unter Verwendung von SchwingungsdÃ¤mpfern, so auszufÃ¼hren, dass bei Biegeschwingungen der tragenden Bauteile von 25 HZ und einer Amplitude von +- 5mm BeschÃ¤digungen nicht eintreten kÃ¶nnen."

Noch im Winter 1966, vor Einbruch der Frostperiode, wurde durch die Firma Hochtief die Bodenplatte betoniert. Erst

nach einer Winterpause wurden die Bauarbeiten im Frühjahr 1967 wieder aufgenommen und bis zum Jahresende zügig fortgeführt.

Wie ein eher unauffälliger Aktenvermerk belegt, war bei der Bauplanung des Ausweichsitzes der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalens auch ein echtes Schwergewicht deutscher Bunkerbau-Elite involviert. Die am 16.11.1967 durchgeföhrte Abnahme einer fertig gestellten Decke des Bunkers wurde laut einer im Bauwerk zurückgelassenen Akte durch niemand geringeren als die Firma „Ingenieurberatung Dr. Ing. Walter“ durchgeföhrte, die bereits unter dem anonymisierten Firmennamen „Deutsche Societät Beratender Ingenieure“ maßgeblich an der Planung und Baudurchführung eines Milliardenprojektes, dem Regierungsbunker an der Ahr beteiligt war. □ □

Am 18. Dezember 1967 meldete die Firma Hochtief die Fertigstellung der Rohbauarbeiten. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden bereits ca. 4.150 m³ Beton und 630 t Bewehrungsstahl verbaut. Die Gesamtkosten für die Rohbauerstellung betrugen 1.625.000 DM.

Anlässlich eines kleinen nachträglichen Richtfestes trafen sich am Morgen des 25. Januar 1968 die am Bau beteiligten Architekten und Ingenieure sowie Vertreter der Gemeinde und der Landeszentralbank zu einer Besichtigung des zukünftigen Ausweichsitzes. Zu diesem Zeitpunkt war der Bunker bereits von einer Erdschicht überdeckt und lediglich aufstehende versorgungstechnische Bauteile der Zu- und Abluftkanäle waren noch sichtbar. Um keine größere Aufmerksamkeit im Ort zu erwecken wurden die anschließenden Feierlichkeiten im 15 Kilometer entfernten Bad Münstereifel in einem Gasthaus geföhrten.

Unmittelbar nach Fertigstellung des Rohbaus begannen im Frühjahr 1968 die Ausschreibungen für die Innenausbauarbeiten. Vor allem lokale und regionale Bau- und Handwerksbetriebe sollten in den kommenden zwei Jahren auf der Bunkerbaustelle in Satzvey eine Beschäftigung finden. Der Innenausbau wurde für die ausführenden Unternehmen dahingehend erschwert, dass alle größeren Einbauteile aufgrund der relativ kleinen und mehrfach verwickelten Schleusenzugänge in Einzelteilen in das Bauwerk eingebracht werden mussten. Größere Anlagen, wie Notstromaggregate, Klimageräte, Kältemaschinen, Ventilatoren, Wasseraufbereitungsanlagen, Filteranlagen, Schaltschränke, Lüftungskanäle, Schalldämpfer, fernmeldetechnische Anlagen und sonstige sperrige Bauteile konnten erst im Bauwerk selbst betriebsfertig zusammengesetzt werden.

Die tonnenschwere Tresortür der Firma Pohlschräder sowie die Schleusendrucktüren- und klappen der Firma Bochumer Eisenhütte Heintzmann wurden hingegen bereits mit der Rohbauerstellung in das Bauwerk eingebracht. Die Drucktüren der Schleusen und Notausstiegsklappen wurden im geschlossenen Zustand in die Schalung einbetoniert.

Die Tresortür wurde vermutlich grundsätzlich durch den Hersteller Pohlschräder selbst eingebaut und justiert. Zur Einbringung der 10-12t schweren Tresortür wurde von der Firma Hochtief Hilfeleistung gewährt. In einem Nachtragsangebot der Firma Hochtief findet sich folgender Hinweis zum Einbau der Tresortür während der Rohbauphase: "Hilfeleistung beim Baustellentransport und beim Einbau einer Tresortür im Untergeschoß einschließlich Einschalen und Ausbetonieren des umlaufenden Spaltes zwischen Tür und Leibung. Pauschal 625,60 DM."

Die Innenausbauphase der Bunkeranlage in Satzvey erreicht nach knapp zwei Jahren im Winter 1969 ihre Endphase. Mit 856.000 DM stellte die Installation der fünf Schutzbauten stets aufwendigen Klima-, Lüftungs- und Sanitärtechnik den größten Einzelauftrag der Innenausbauten dar. Diese Arbeiten wurden von einer Firma des bereits maßgeblich an der Planung des Bunkers beteiligten Dipl. Ing. Wilhelm Potthast ausgeführt. Das Ing.-Büro Potthast zeichnete sich bereits bei der Planung des verbunkerten Ausweichsitzes der Landeszentralbank in Rheinland-Pfalz als verantwortliches Unternehmen aus.

Obwohl noch bis in die Anfangszeit der 70er Jahre einige kleinere Ausbauten und Nachbesserungsarbeiten ausgeführt wurden, meldete die Bauabteilung der Landeszentralbank der Verwaltungsabteilung im November 1969 die Funktions- und Bezugsfähigkeit des Ausweichsitzes und übergab damit die Zuständigkeit. Selbst in einem verwaltungsinternen Aktenvermerk des Hauses blieb die Verschleierung der tatsächlichen Artlichkeit des Sonderbauwerkes aufrecht erhalten.

So trafen sich beide Abteilungen der Landeszentralbank am 14. November 1969 zu einer Baustellenabnahme und Zuständigkeitsübergabe, an einem Ort den es in der Eifel nicht gibt: "Verhandelt zu Steinfurt am 14. November 1969. Zur Übergabe und Übernahme des Sonderbauvorhabens der Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen traten die Unterzeichner heute an Ort und Stelle zusammen. Das Gebäude sowie die vorhandenen Ausstattungs- und Gebrauchsgegenstände wurden in allen Teilen eingehend besichtigt. Dabei wurde festgestellt, dass das Gebäude nach den anerkannten Regeln der Technik ausgeführt wurde und die gesamte Ausführung den vom Vorstand genehmigten Vorlagen entspricht. Bei der Begehung festgestellte und noch zu behebende Mängel wurden in der beiliegenden Aufstellung festgehalten. Alsdann wurde das Gebäude von der Bauabteilung an die Verwaltungsabteilung übergeben."

Die Gesamtkosten der Baumaßnahme „Mittelpunktschule Satzvey, Los II, Schutzbau“ lassen sich nach Fertigstellung unter einer Bauzeit von 3 Jahren auf über 5 Millionen DM beziffern.

Rundgang durch ein Bauwerk der besonderen Art

Das zweigeschossige Bunkerbauwerk wurde in bewehrtem Stahlbeton ausgeführt und hat die exakten Außenmaße von 32,4 Meter (Länge) mal 30,4 Meter (Breite) mal 8,6 Meter (Höhe). Die Bodenplatte hat eine Stärke von 0,37 Metern, die Deckenstärke liegt bei 1 Meter plus Überdeckung. Die Außenwände sind zwischen 0,8 und einem Meter stark.

Insgesamt befinden sich in dem Bauwerk 75 Räume, wovon die Räume des ersten Untergeschosses hauptsächlich für Schlafzwecke und Versorgungstechnik vorgesehen waren. Der Ausweichsitz verfügte über insgesamt 109 Betten, wovon der überwiegende Teil in Sammelschlafräumen mit 9-16 Betten untergebracht war. Die Räume 201 und 202 stellen eine Ausnahme dar. Bei einer Besichtigung des Bauwerkes wurden hier lediglich Einzelbetten vorgefunden, die laut Zeitzeugenaussagen für den Präsidenten sowie ein Mitglied des Vorstandes vorgesehen waren.

Neben sanitären Anlagen befanden sich im ersten Untergeschoss eine Küche sowie Vorrats- und Kühlräume, in denen ständig Lebensmittel eingelagert waren. Die Lebensmittelvorräte wurden regelmäßig vom Landesinnenministerium auf Haltbarkeit und Geschmacksveränderungen überprüft und sofern notwendig an die umliegende Landwirtschaft abgestoßen. In einem Schriftwechsel aus dem Jahre 1971, in dem der Ausweichsitz diesmal als "Depot Düsseldorf" umschrieben wird, findet sich zu diesen Vorräten folgender Aktenvermerk: "Betreff: Verpflegungsreserve im Depot Düsseldorf. Von der im Jahre 1969 beschafften Brotreserve € Roggenmischbrot € lagern noch 421,5 kg im Verpflegungsmagazin des Depots. Die Brote sind ausgetrocknet und nicht mehr genießbar. Das Brot kann deshalb nur noch an eine in der Nähe liegende Schweinemästerei kostenlos abgegeben werden."

Die Küche und der Speiseraum befanden sich in den Räumen 234 und 236. Bei der Ausstattung mit Kücheneinrichtungsgegenständen orientierte man sich maßgeblich an dem im benachbarten Ort Urft bereits 1963 fertig gestellten Ausweichsitz der Landesregierung. Auch bei der Ausstattung der Küche wurde durch die Planer des Bunkers in Satzvey von der Auswahl der Schneebesen der Marke "Rührfix" bis zum Dosenöffner Modell "Sieger" nichts dem Zufall überlassen. In einer Aktennotiz des 31. Juli 1969 heißt es hierzu:

"Das Innenministerium hat in seiner B-Stelle [gemeint ist hier der Ausweichsitz der Landesregierung in Urft mit etwa 150 Schutzplätzen; B-Stelle heißt Befehlsstelle] eine elektrische Dosenöffnermaschine im Einsatz. Im Hinblick darauf, dass von uns nur etwa 100 Personen zu versorgen sind, halten wir nach Erkundigungen im Fachhandel eine mechanische Bürstenöffnermaschine für vollauf ausreichend."

Ein Kuriosum für eine Bunkeranlage dieser Größe befand sich in den Räumen 235 und 237. Bei einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Einsatz von Kernwaffen wäre es aufgrund der radioaktiven Strahlung notwendig gewesen, unter Umständen mehrere Wochen im Bauwerk zu verbleiben. Da nicht davon ausgegangen werden konnte, dass jeder Schutzsuchende eine Garderobe von mehreren Wochen bereithalten hätte, man aber der Belegschaft eine handische Wäsche ersparen wollte, gönnte man sich den Luxus einer automatisierten Waschküche. Die Räume enthielten für diese Zwecke zwei Waschautomaten der Firma Miele, sowie einen Trocknautomaten, der noch heute dort zu finden ist.

Die Vorsorgeplanungen gingen jedoch noch weiter. Neben der Möglichkeit einer automatisierten Wäsche hatte man zusätzlich noch Ersatzkleidung für den Führungstab der Landeszentralbank eingelagert. Anfangszeitliche Überlegungen, hierfür einfache Trainingsanzüge zu beschaffen, trafen bei den Planern und der potentiellen Bunkerbesetzung der Hauptverwaltung in der Modestadt Düsseldorf auf wenig Gegenliebe. „Vorgewarnt“ durch die Belegschaft des bereits 1963 errichteten und ebenfalls verbunkerten Ausweichsitzes der Landeszentralbank Rheinland-Pfalz im Hunsrück, die sich über ihre unstandesgemäße Notbekleidung beklagten, konnte die Wahl von Trainingsanzügen für den Ausweichsitz der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalens zugunsten konventioneller Bekleidung abgewendet werden.

Zu diesem Vorgang findet sich in einer Akte vom 31.07.69 folgender Vermerk:

"Betreff: Notunterkunft Steinfurt; hier: Persönliche Bekleidung. In Krisenzeiten kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Männer die Notunterkunft Steinfurt vorgesehenen Bediensteten vom Arbeitsplatz weg in Marsch gesetzt werden müssen und demnach keine Gelegenheit haben, sich mit den notwendigsten Kleidungsstückchen zum Wechseln zu versorgen.

Für diesen Fall sollte eine zweckentsprechende Bekleidung einschließlich Unterzeug und Nachtwäsche in der Notunterkunft eingelagert werden. (ä!)

Insgesamt wären für diese Zwecke bei etwa 95 männlichen und 8 weiblichen Personen rd. 5000 DM zu verausgaben. Von anderen Stellen haben wir gehört, dass die Männer eine Belegung vorgesehenen Bediensteten mit Trainingsanzügen ausgestattet worden sind. Die damit gemachten Erfahrungen sollen wenig zufrieden stellend gewesen sein."

Wesentlich bedeutsamere Einrichtungen befinden sich neben der Waschküche in den Räumen 217-222. Hier befanden sich neben dem Herzstück der Bunkeranlage, den beiden Notdieselaggregaten für den Ausfall der Energieversorgung des Stadtnetzes auch Treibstoffvorräte, Lüftungs- und Klimaanlagen sowie Sand- und Raumfilter zur Reinigung atomar, biologisch und chemisch verunreinigter Außenluft.

Als "Gehirn" des Bunkerbauwerkes diente die in Raum 239A installierte Schaltzentrale zur Überwachung und Steuerung der wichtigsten technischen Einrichtungen. Hierfür standen dem technischen Personal ein Bedien- und Steuerungspult sowie mehrere Schaltschränke zur Verfügung.

Das Bauwerk wurde in der oberen Etage über insgesamt zwei Schleusenzugänge erschlossen. Der Hauptzugang ist über einen überbauten Treppenabgang inklusive Abstellkammer auf dem Schulhof erreichbar. Von hieraus konnten auch größere Gegenstände über einen kleinen Elektroklampe in die Tiefe, vor die Schleuseneingänge verbracht werden. Ein zweiter, kleinerer Schleusenzugang ist über einen kurzen Verbindungstunnel mit dem Schulkeller verbunden. Die Schleusendrucktüren sollten verhindern, dass Druckwellen, Splitter und Trümmer, radioaktive Strahlung, Hitze oder bio-chemische Kampfstoffe in das Bauwerk gelangen konnten.

In einem Wartungsheft der Herstellerfirma Bochumer Eisenhütte Heintzmann finden sich folgende Angaben über die Anforderungen an die Schleusendrucktür DT 1200: "Die Tür ist so konstruiert, dass sie
1. Druckwellen von 10 atm und Sogwellen von 1 atm standhält; 2. absolut gasdicht ist;
3. im geschlossenen Zustand ein Heraussaugen von Raumluft verhindert; 4. im geschlossenen Zustand eine Verschiebung des Türblattes gegenüber dem Türrahmen bei einer Beschleunigung von 3 g verhindert; 5. das Schließen und Öffnen vollautomatisch erfolgt; 6. die Bewegungsabläufe hydraulisch eingeleitet werden; 7. die Steuerungen elektrisch überwacht werden;
8. der komplette Schließ- bzw. Öffnungsvorgang in einer Zeit von 10 Sec. abläuft; 9. Handnotfunktionen vorsehen; 10. die Druckkräfte unter einem bestimmten Winkel in Beton überleiten und die Gummidichtung durch umlaufende Dichtleisten geschützt ist".

Die Hauptschleuse verfügte in den Räumen 208-213 zusätzlich über die Möglichkeit eines Einschleusens von Personen nach einer bereits erfolgten radioaktiven Dekontamination. Hierfür standen eine Kleiderabwurfkammer für verstrahlte Kleidung sowie eine Dekontaminationsbrause zur Verfügung. Für eine weitere Messung möglich Strahlenleckstöße war der Sanitätsbereich der Bunkeranlage unmittelbar mit den Dekontaminationsräumen verbunden.

Über ein Treppenhaus in der Nähe der Präsidenten- und Vorstandsschlafräume war eine Verbindung in das zweite Untergeschoss des Ausweichsitzes möglich. Im zweiten Untergeschoss befanden sich überwiegend Büro- und Konferenzräume sowie die Fernmeldetechnik und die Wasseraufbereitungsanlagen samt Notbrunnen.

In Raum 112 befindet sich die Wertkammer, die heute leider jeden Einblick in ihr Inneres durch ihre mächtige Tresortür verwehrt.

Über die durch die Firma Pohlschräder selbst verbaute Tresortür lässt sich heute nur noch anhand von Hinweisen des Herstellers rekonstruieren, dass sie vermutlich ein Gewicht von 10-12t hat und der damalige Preis bei etwa 180.000 - 200.000 DM gelegen haben dürfte. Aufgrund zurückgelassener Bauunterlagen liegen sich zusätzlich noch folgende Daten ermitteln:

Abmessungen: 1,20m x 2,05m; Türfläche: 0,74m; Türblattstärke: 0,27m.

Eine Vorstellung wie es hinter der Tresortür ausgesehen haben könnte liefert jedoch eine Skizze, die im Historischen Archiv der Bundesbank ermittelt werden konnte. Die demnach sechs mal 5,3 Meter große und 2,7 Meter hohe Wertkammer war mit sechs verschließbaren und vier offenen Regalen sowie einem Arbeitstisch ausgestattet. Die einzelnen Regalböden waren für ein Gewicht von bis zu 300kg ausgelegt.

Ehemalige Ãœbungsteilnehmer berichteten, dass die Tresorkammer zu keiner Zeit mit Geld- oder sonstigen WertbestÃ¤nden befÃ¼llt war. Diese sollten vielmehr erst im Verteidigungsfall aus den Tresoren der Hauptverwaltung an der Berliner Allee 14 in DÃ¼sseldorf in den Ausweichsitz nach Satzvey verbracht werden.

FÃ¼r diese Aussage spricht auch ein Aktenvermerk der Organisations- und Revisionsabteilung der Landeszentralbank vom 16. Juni 1971: "Die Ausstattung der Wertkammer war seinerzeit â€“ da nicht vordringlich â€“ zurÃ¼ckgestellt worden. Nunmehr sollte auch dieser Raum zweckentsprechend eingerichtet werden, damit die im V-Fall (Verteidigungsfall) hier unterzubringenden Geld- und SonderbestÃ¤nde jederzeit, ordnungsgemÃ¤ÃŸ und Ã¼bersichtlich aufbewahrt werden kÃ¶nnen. (â€¢!)

AuÃŸerdem sollte fÃ¼r den Transport von Geld ein Plattenwagen mit zwei StirnwÃ¤nden (â€¢Tragkraft 300kg) beschafft und in der Wertkammer bereitgestellt werden."

Ob in der Tresorkammer tatsÃ¤chlich auch BestÃ¤nde einer ErsatzwÃ¤hrung eingelagert werden sollten konnte bisher nicht eindeutig geklÃ¤rt werden, ist aber anzunehmen. Eine Vorhaltung vonÂ Bundeskassenscheinen oder BBk II-Noten fÃ¼r grÃ¶ßere Landesteile oder gar ganz Nordrhein-Westfalen kann aber aufgrund der zu geringen GrÃ¶ÃŸe der Tresorkammer ausgeschlossen werden.

Unmittelbar neben der Tresoranlage, in den RÃ¤umen 110 und 111 befand sich die Wasserversorgungstechnik. Der Tiefbrunnen hÃ¤tte in einem Belegungsfall eine vom Stadtnetz unabhÃ¤ngige Trink- und Brauchwasserversorgung fÃ¼r einen lÃ¶ngeren Zeitraum gewÃ¤hrleistet. Ãœber eine Bohrtiefe von 90m hÃ¤tte auch bei einer radioaktiven Kontaminierung der Umwelt noch nutzbares Wasser gefÃ¶rdert werden kÃ¶nnen. Der Brunnenkopf wurde im Zuge der Stilllegung der Bunkeranlage, Mitte der 90er Jahre, mit Beton verfÃ¼llt.

GegenÃ¼ber den Wasseraufbereitungsanlagen, in den RÃ¤umen 131-134, befand sich die Fernmeldezentrale des Ausweichsitzes. Neben Fernschreibern der Marke Lorenz war hier eine Fernsprechnebenstellenanlage der Firma TN â€“ Telefonbau und Normalzeit â€“ Lehner & Co. im Gesamtwert von 221.000 DM installiert. HierÃ¼ber war es mÃ¶glich die AnschlÃ¼sse von insgesamt 100 Teilnehmern zu bedienen, wovon allerdings lediglich 70 AnschlÃ¼sse im Bunkerbauwerk selbst geschaltet waren. Den Ausschreibungsunterlagen fÃ¼r die Fernmeldetechnik ist zu entnehmen, dass weitere 30 AnschlÃ¼sse fÃ¼r das ungeschÃ¼tzte Schulbauwerk vorgesehen waren. Demnach war nicht nur der Bunker selbst, sondern auch das darÃ¼ber liegende SchulgebÃ¤ude Bestandteil der Ausweichsitzplanungen der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalens. In einem Aktenvermerk des 04. August 1967 heiÃt es hierzu: "In SchulrÃ¤umen, die wÃ¤hrend Spannungszeiten als ArbeitsrÃ¤ume in Frage kommen, kÃ¶nnen allenfalls 30 Sprechstellen eingerichtet werden. (â€¢)

AnschlussmÃ¶glichkeiten sollten in folgenden RÃ¤umen vorgesehen werden: UntergeschoÃŸ: Mehrzweckraum Jungen, Werkraum, Mehrzweckraum, MÃ¤dchen. ErdgeschoÃŸ: Lehrerzimmer, Schulleiter, Pausengang, Arztraum, Elternsprechraum. FilmvorfÃ¼hrungen, Hausmeister.

ObergeschoÃŸ: Klasse 1, Klasse 2, Gruppenraum, Klasse 3, Physikraum".

Beide Geschossebenen waren neben der eigentlichen Verbindungstreppe zusÃ¤tzlich Ã¼ber einen Notausstiegsschacht verbunden, der auf den Schulhof fÃ¼hrte. Der Ausstiegdeckel auf dem Pausenhof ist heute nicht mehr erkennbar, da er Ã¼berbetoniert wurde.

Zwischen Bunkeralltag und BelegungsÃ¼bungen

Nach seiner Fertigstellung am 14. November 1969 und dem Abschluss einiger Reparatur- und Nachbesserungsarbeiten bis Anfang der siebziger Jahre dÃ¼rfte es in und um den Bunker, abgesehen von tobenden Schulkindern in den morgendlichen Pausen, relativ ruhig gewesen sein.

Mindestens alle zwei Jahre jedoch, wurde im Ausweichsitz der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalens der Ernstfall geprobt. Es war die Zeit, in der Nato-StreitkrÃ¤fte, Bundesregierung, Landes- und Bezirksregierungen, Stadt- und Kreisverwaltungen sowie sonstige SicherstellungsbehÃ¶rden in ihre vorbereiteten Befehlsstellen abtauchten und das scheinbar Unabwendbare probten. Diese StabsrahmenÃ¼bungen sind heute noch unter den Bezeichnungen FALLEX, WINTEX und CIMEX bekannt.

Ãœbungsteilnehmer der Landeszentralbank NRW berichteten, dass solche Ãœbungen mit bis zu 80 Personen bis zu einer Woche dauerten und zeitgleich zum normalen Schulbetrieb abgehalten wurden. Trotz der Anweisung an die Ãœbungsteilnehmer zu einem unauffälligen Verhalten, blieben diese Ãœbungen sowohl durch die SchÃ¼ler, als auch durch die Anwohner in Satzvey nicht vÃ¶llig unbemerkt. So kam es mit der Zeit, dass die Ãœbungsteilnehmer im Ort mit den Worten „Ach, seid Ihr wieder da?“ begrÃ¼sst wurden und dass das Betreten und Verlassen des Bunkerbauwerkes wÃ¤hrend der Ãœbungen aufgrund neugieriger SchÃ¼ler den Unterrichtsstunden und pausenfreien Zeiten angepasst werden musste.

Nach Fertigstellung des Bunkerbauwerkes kam es zusätzlich zu den periodischen StabsrahmenÃ¼bungen zu mindestens zwei ProbebelegungsÃ¼bungen, in denen die FunktionalitÃ¤t der Bauwerkstechnik sowie das Wohlbefinden der Ãœbungsteilnehmer Ã¼berprÃ¼ft werden sollte.

Die erste ProbebelegungsÃ¼bung fand unmittelbar nach der Bauwerksfertigstellung mit insgesamt 34 Personen Ã¼ber einen Zeitraum von viereinhalb Tagen vom 24. bis 28. November 1969 statt. In Vorbereitung hierauf wurde von der Verwaltungsabteilung der Landeszentralbank in Zusammenarbeit mit den Planern der benachbarten Befehlsstelle der Landesregierung in Urft ein detaillierter Verpflegungsplan erarbeitet. SÄmtliche notwendigen Lebensmittel waren bis auf den Gramm genau in Listen festgehalten und sollten fÃ¼r die BelegungsÃ¼bung aus den BestÃ¤nden des Ausweichsitzes der Landesregierung entnommen werden.

Ein Aktenvermerk vom 7. Oktober 1969 hält hierzu fest: "Wir werden Oberregierungsrat K. vom Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen bitten, uns die benötigten Lebensmittel zusagegemäß auf jederzeitigen Abruf aus den Beständen der B-Stelle der Landesregierung zur Verfügung zu stellen."

Bei aller Ordnung und Disziplin, die man den Übungsteilnehmern sicherlich nicht absprechen konnte, überließ die Verwaltungsabteilung auch hier nichts dem Zufall. So plante sie zusätzlich zu den rechnerisch notwendigen Lebensmittelmengen offensichtlich auch noch den Fall unkontrollierbarer Hungerattacken der Belegungsmannschaft ein. In einer für die Probebelegungsübung angefertigten Lebensmittelliste findet sich in der Überschrift dazu folgender Hinweis: "Zusammenstellung der für 5 Tage / 34 Personen benötigten Lebensmittel einschließlich einer Manipulationsreserve von 20%".

Die in der Verpflegungsliste aufgestellten Kostlichkeiten seien hier nur kurz und unvollständig dargestellt: "Weissbrot 27 kg; Mischbrot 27 kg; Tee 2,625 kg; Heringsfilet in Öl 5,280 kg; Spargel 2,4 kg; Ananas 24,48 kg; Bratklops und Tunke 16,5 kg".

Bei den ersten beiden Probebelegungsübungen war noch kein Schichtdienst rund um die Uhr vorgesehen, weshalb man für die Freizeit der Übungsteilnehmer in den Abendstunden nach passenden Beschäftigungsmöglichkeiten suchte und diese auch fand. In einer Anschaffungsliste vom 19. September 1969 sind für den Aufenthaltsraum: "a) eine Reihe von Unterhaltungsspielen (verschiedene Brettspiele und Kartenspiele), Preis ca. DM 200.-; b) Unterhaltungsliteratur in Taschenbuchformat (ca. 30 Kriminalromane und 30 Bücher der leichten und gehobenen Literatur), Preis ca. DM 250.-" vorgesehen.

Die 34 Teilnehmer der ersten Probebelegungsübung setzten sich aus 27 bankangehörigen und sieben bankfremden Teilnehmern zusammen. Zu den Bankangehörigen gehörten zehn Teilnehmer aus dem Führungs- und Arbeitsstab der Landeszentralbank, 14 Teilnehmer der Bau- und Verwaltungsabteilung sowie drei Kraftfahrer, wovon einer als Kurier zur Hauptverwaltung und zwei zusätzlich für den Katastendienst eingesetzt wurden. Zu den sieben bankfremden Teilnehmern gehörten vor allem Techniker der Herstellerfirmen, welche die technischen Anlagen im Bauwerk installiert hatten.

Für die Überwachung der Übung wurde Dipl.-Ing. Wilhelm Potthast, der maßgeblich an der Planung des Bauwerkes beteiligt war und einen Großteil der klimatechnischen Anlagen konstruiert hatte, eingesetzt. Seine Erfahrungen die er bereits bei einem 6-tägigen Belegungsversuch eines wiederhergerichteten Hochbunkers (Sonnenbunker) im Juni 1964 in Dortmund sammeln konnte, dürften für den Belegungsversuch in Satzvey eine große Hilfe gewesen sein.

Die erste Probebelegung des Ausweichsitzes der Landeszentralbank begann am 24. November 1969punktlich um 16 Uhr. Nach einer kurzen Führung durch das Bauwerk wurden den Teilnehmern Bettwäsche, Decken und Handtücher ausgeteilt sowie die Betten und Garderobenschrank zugewiesen. Auszug aus einer Akte: "Für das allgemeine Tagesprogramm war folgender Zeitplan vorgesehen: 7 Uhr Aufstehen; 7.30 ab 8.30 Uhr Frühstück; 8.30 ab 12.30 Uhr Arbeitszeit zur Erledigung von Dienstgeschäften, Besprechungen usw.; gegen 10.30 Uhr Eintreffen des Kuriers der Hauptverwaltung, Verteilen der mitgebrachten Akten und der sonstigen Post; 12.30 ab 13.30 Uhr Mittagessen; 13.30 ab 18 Uhr Arbeitszeit (wie oben); gegen 14.15 Uhr Abfahrt des Kuriers zur Hauptverwaltung, Mitnahme des bis dahin angefallenen für die Hauptverwaltung bestimmten Schriftgutes; 18.30 Uhr Abendessen.

Für den technischen Dienst galt folgende Arbeitszeitregelung:

Schaltwarte (Überwachungszentrale für alle technischen Anlagen): Tag- und Nachtdienst, aufgeteilt auf 3

Arbeitsgruppen â€“ jeweils 2 Techniker / Haushandwerker in sechsstÃ¼ndigem Schichtwechsel; Fernsprechvermittlung: Bedienung von 8 Uhr - 24 Uhr durch technische Angestellte der Bauabteilung (2x8 Â½ Stunden), dann Umschaltung auf die Schaltwarte FÃ¼r die Zeit nach dem Abendessen standen den Teilnehmern zur Unterhaltung Spiele, BÃ¼cher sowie Fernseh- und RundfunkgerÃ¤te zur VerfÃ¼gung. Aus eingelagerten BestÃ¤nden konnten Tabakwaren sowie Bier und andere alkoholische GetrÃ¤nke gekauft werden."

Die Schleusentore blieben wÃ¤hrend der gesamten Dauer der Probebelegung verschlossen und wurden lediglich fÃ¼r das Ein- und Ausschleusen des Kuriers geÃ¶ffnet. Vom 25.11., 8.00 Uhr bis zum 26.11., 17:00 Uhr wurde fÃ¼r 33 Stunden eine vÃ¶llige EinschlieÃŸung durchgefÃ¼hrt. Zur Simulierung des Ernstfalles wurde ZusÃ¤tzlich die Energieversorgung des Stadtnetzes auf die Netzersatzanlage (die Schiffsdiesel) umgestellt. Gleichzeitig wurde eine Kontaminierung der AuÃŸenluft simuliert und dafÃ¼r die gesamte lufttechnische Versorgung der Bunkeranlage unter Schutzluft gefahren.

Am Mittag des 28. November 1969 endete die erste Probebelegung der neu errichteten Befehlsstelle der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalens. Zur Erfassung und Auswertung der Ãœbungsergebnisse wurden von den Teilnehmern FragebÃ¶gen ausgefÃ¼llt. Der medizinische Fragebogen ergab, dass der Ã¼berwiegende Teil der Belegschaft Ã¼ber keine Beschwerden klagte. Nur einige wenige Teilnehmer klagten Ã¼ber Bewegungsmangel, fehlendes Tageslicht, zeitweiliges Augenflimmern, leichte Kopfschmerzen, VÃ¶llegefÃ¼hl und BlÃ¤hungen.

Das Ergebnis dieses ersten Probebelegungsversuches ergab, dass sowohl Mensch als auch Maschine weitestgehend wie gewÃ¼nscht funktionierten. Sowohl Planer als auch Ãœbungsteilnehmer waren mit dem Testergebnis zufrieden.

Weniger zufrieden hingegen dÃ¼rfte der Besitzer eines etwa 300 Meter entfernt vom Bunker liegenden Privatbrunnens gewesen sein. WÃ¤hrend des Belegungsversuches wurden Ã¼ber die Kompressoren der Tiefbrunnenanlage des Ausweichsitzes stÃ¼ndlich etwa 12 Kubikmeter Wasser gefÃ¶rdert, was dazu fÃ¼hrte, dass der private Tiefbrunnen eines Ortsbewohners komplett versiegte. Ein kurioser Vorfall, der sich so in ganz Ãhnlicher Weise, knapp sechs Jahre zuvor auch auf der Baustelle des Ausweichsitzes der Bundesregierung in den Weinbergen der Ahr ereignete. Ob es sich bei dem Brunnenbesitzer aus Satzvey bezÃ¼glich etwaiger Schadensersatzforderungen ebenfalls um einen so hartnÃ¤ckigen Zeitgenossen wie seinerzeit bei der Brunnenbesitzerin "Witwe Stratemann" aus BÃ¶lling bei Ahrweiler handelte, ist durch die Akten nicht Ã¼berliefert.

Ungeachtet dessen, stellen die Planer der neu errichteten Befehlsstelle in Satzvey ein gutes Zeugnis aus. In den Akten heiÃt es: "Die Unterbringung ist â€“ fÃ¼r SchutzraumverhÃ¤ltnisse gut. Unter den Teilnehmern herrschte allgemeine Zufriedenheit, die Stimmung war wÃ¤hrend der gesamten Zeit gut bis sehr gut. In welchem MaÃŸe eine Vollbelegung â€“ ganz

abgesehen vom Ernstfall „ die seelische und körperliche Verfassung drückt, lässt sich nach den Erfahrungen bei diesem ersten Belegungsversuch nicht beurteilen. Die materiellen Voraussetzungen zum Leben und Arbeiten in der B-Stelle im Notstandsfall sind jedenfalls vorhanden. (â€!) Es wird vorgeschlagen in 1 „ 1 1/2 Jahren einen zweiten Belegungsversuch durchzuführen, zu dem dann möglichst auch weibliches Personal hinzugezogen werden soll.“

Dies geschah dann auch mit einer zweiten Belegungsprüfung vom 24. bis 26. Mai 1971. Ziel der Übung es war diesmal weniger die Technik des Bauwerkes zu prüfen, als unter einer erhöhten Teilnehmerzahl beiderlei Geschlechtes, die seelischen und körperlichen Belastungen der Teilnehmer zu prüfen und zusätzlich die Mitarbeiter des Führungsstabes der Düsseldorfer Hauptverwaltung mit ihrem neuen Ausweichsitz vertraut zu machen. In den Akten findet sich hierzu folgender Hinweis: "Da zum Führungsstab und Arbeitsstab auch weibliches Personal (Stenotypistinnen) zählt, wurden zu dieser Übung erstmals Damen hinzugezogen. Im Übrigen haben an der Übung Vertreter fast aller Abteilungen der Hauptverwaltung mitgewirkt, die im V-Fall für eine Verlegung in die B-Stelle vorgesehen sind. (â€!) Die Belegungsprüfung dient dazu, den für die B-Stelle vorgesehenen Personenkreis mit den durch eine Verlegung im V-Fall eintretenden Änderungen in der Wahrnehmung und Abwicklung der Dienstgeschäfte vertraut zu machen und diese Form der für die zivile Verteidigung erforderlichen Einsatzbereitschaft zu erhalten."

Insgesamt nahmen an der zweiten Probebelegungsprüfung 48 Personen teil. Zu den Teilnehmern gehörten diesmal auch ein Mitglied des Vorstandes sowie drei Hauptreferatsleiter. Die gesamte Übung wurde wieder durch Dipl. Ing. Wilhelm Potthast technisch überwacht. Der Tagesablauf und die Aufgabenzuweisungen unterschieden sich von der vorhergehenden Belegungsprüfung nicht. Gegen Mittag des 26.05.1971 endete die Belegungsprüfung.

Die Beurteilung durch die Übungsteilnehmer ergab, wie bereits bei der ersten Übung dass das Bauwerk seinen Funktionen gerecht wurde. Der Vorschlag einiger Übungsteilnehmer für längere Aufenthalte im Bunker Turn- und Sportgeräte wie beispielsweise Tischtennisplatten, Heimtrainer oder Expander aufzustellen, darf wahrscheinlich als nicht vordringlich beurteilt worden sein.

Vermutlich als zeitgenössisch für die sechziger Jahre muss man wohl folgende Anmerkung aus den Akten der Übungsauswertung verstehen: "Die Teilnahme von 2 Damen an der Übung brachte keinerlei Probleme mit sich. Die Damen, die als Stenotypistinnen eingesetzt waren, wurden mit den etwas veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen im Bunker ohne jede Schwierigkeit fertig. (â€!) Sie griffen im Übrigen während und nach den Mahlzeiten unaufgefordert [!] tatsächlich im Küchendienst ein und leisteten so willkommene Hilfeâ€!"

Tarnen, verschleiern, verbergen. Die Geheimhaltungsmaßnahmen der Bunkerplaner

Neben den bereits in den Ausschreibungsunterlagen festgelegten Vertragsbedingungen, lediglich Führungspersonal auf der Bunkerbaustelle zuzulassen, welches zum Umgang mit Verschlussachen erachtigt war sowie dem strikten Fotografieverbot, gab es eine Reihe weiterer Maßnahmen, den Auftraggeber und Nutzer des Bunkers, den eigentlichen Zweck sowie den genauen Standort des Bauwerkes zu verbergen.

So trat die Gemeinde Satzvey Firmenich sowohl für das erste Baulos, den Schulneubau, als auch für das zweite Baulos, den Schutzraumbau als Bauherr und Auftraggeber in Erscheinung. Die Landeszentralbank, als eigentlicher Auftraggeber der Bunkeranlage, diente somit nur den wenigsten der am Bau beteiligten Bau- und Handwerksbetriebe bekannt gewesen sein.

In Schriftwechseln zwischen der Gemeinde und Bauunternehmen ist in der Regel nur die Bezeichnung „Schutzraumbau“, Mittelpunktschule Satzvey“ genannt. Die Landeszentralbank verwendete in hausinternen und -externen Schriftverkehr meist die Bauwerksumschreibung „Sonderobjekt“ und als Ortsbezeichnung den Namen "Steinfurt" als Synonym für den Ort Satzvey. In verschiedenen Unterlagen fanden sich zusätzlich noch Umschreibungen wie "Sonderbauwerk im Raum Kalk", "Depot Düsseldorf" und "Sonderobjekt des Vorstandes im Raume Euskirchen".

Auch für die Zahlung regelmäßiger anfallender Kosten, nach der Fertigstellung des Ausweichsitzes, galt es den wahren Leistungs- und Rechnungsempfänger zu verschleiern. So war der Rechnungsempfänger für die laufenden Kosten wie Fernsprech-, Fernschreibe-, Rundfunk-, Wasser-, Abwasser- und Stromgebühren stets die Gemeinde Satzvey-Firmenich. Diese hatte für Lastschrifteinzahlung zum Schein ein Girokonto bei der Zweigstelle der Landeszentralbank in Euskirchen angelegt, welches durch die Hauptverwaltung der Landeszentralbank in Düsseldorf jederzeit mit ausreichend finanziellen Mitteln gedeckt wurde.

Für die Mitarbeiter des Führungsstabes und allen anderen am Bau oder Betrieb des Ausweichsitzes beteiligten Personen galt strikte Geheimhaltung ihrer Tätigkeit gegenüber Dritten. Dies galt auch gegenüber Familienangehörigen. Für den Bunker in Satzvey gab es einen Hausmeister, der bis zu zweimal währendlich dort Kontrollgänge und kleinere Wartungsarbeiten durchführte. Hauptberuflich war Herr H. Newzella bei der Landeszentralbank Außenstelle in Euskirchen als Bundesbankobersekretär angestellt. Seinem Arbeitgeber in Euskirchen und auch seinen Familienangehörigen gegenüberhielt Herr Newzella bis zu seinem Ausscheiden aus dem Berufsleben lediglich, er habe „Sonderaufgaben“ für die Landeszentralbank zu erledigen.

Was heute bleibt

Die Bunkeranlage, die glücklicherweise nie ihre eigentliche Funktion erfüllten musste, fand nach dem Ende des Kalten Krieges ein schnelles und ebenso unauffälliges Ende. Bekannt ist heute nur noch, dass bereits Anfang der 90er Jahre keine Übungen, geschweige denn Wartungsarbeiten mehr durchgeführt wurden. Der ehemalige Schulleiter der Hauptschule in Satzvey, mittlerweile als Direktor an einer Realschule in Zülpich tätig, kann sich noch an Rückbauarbeiten in der Bunkeranlage, etwa Mitte der 90er Jahre erinnern. Neben dem Ausbau gräßiger technischer Gerätschaften und der Verfüllung der Tiefbrunnenanlage fand das ein oder andere Mäbelstück in der Nachbarschaft dankbare Abnehmer und leistet vielleicht noch heute in einem der Satzveyer Wohnhäuser treue Dienste. Nicht mehr gewartete Ventile und Rohrleitungen führten dazu, dass die Bunkeranlage mittlerweile teilweise knickelt unter Wasser steht. In den nachfolgenden Jahren wurde der Bunker hin und wieder Ziel heimlicher Schälerexpeditionen, was schließlich aus Sicherheitsgründen zu einem endgültigen Verschluss der Tresortür und der gesamten Bunkeranlage führte.

Und so fristet der ehemalige Ausweichsitz der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalens, auch 40 Jahre nach seiner Fertigstellung ein überwiegend unauffälliges Dasein.

Autor C. Lubbe bedankt sich für die Unterstützung bei der Recherche bei den Herren Herget und Wannovius vom Historischen Archiv der Bundesbank, Frankfurt Main; Kajo Meyer für die Vermittlung und Unterstützung bei den Recherchen im Historischen Archiv der Bundesbank; den Zeitzeugen für die Weitergabe Ihrer Erfahrungen und Ihres Wissens.

Quellenangaben:

- eigene Recherchen
- diverse Zeitzeugeninterviews
- H. Kahnt; M. Pontzen; M. H. Schäne; K. Walz (2003): Die Geschichte der Deutschen Mark in Ost und West
- Hessisches Staatsarchiv; Sign. HStAD H1 Nr. 3211
- Historisches Archiv der Bundesbank; Sign. B 331-NRW/1860; Sign. BSG 3/100146
- Jürg Diester (2008): Geheimakte Regierungsbunker –“ Tagebuch eines Staatsgeheimnisses
- Jürg Diester (2009): Zeitzeugen und Zeitgeschichte: <http://www.bunker-doku.de> - Jürg Diester (2006); Wenn sich Banker einen Bunker bauen: <http://ausweichsitz.de/content/view/46/39/>
- Jürg Diester (2009); Geisterschiff des Kalten Krieges: <http://ausweichsitz.de/content/view/121/39/>
- Martin Reim (2004): Deutschlands geheime Währung - Die Schatten-Mark; In: Süddeutsche Zeitung; 15.11.2004
- Wolfgang Beßlich (1975): Zehn Jahre materielle Sicherstellungs-Gesetze –“ 1965-1975; In: Zivilverteidigung; Heft 4; 1975